

# Kommunalpolitische Eckpunkte

zur Kommunalwahl 2024

## 1. Für soziale Gerechtigkeit

Am Reichtum Deutschlands profitieren nur wenige Menschen. Für eine aktive Armutsbekämpfung muss Kapitalismus auch kommunal verstanden werden. Aus der Angst heraus Inverstoren oder ansässige Firmen zu vergraulen, sind die Kommunen immer wieder für Geschenke und ein Einlenken von Verpflichtungen bereit. Wir lehnen dies entschieden ab und betonen dort die Verantwortung der Kapitaleigner\*innen.

Soziale Investitionen müssen als Stärkung für die Zukunft angesehen werden und ein emanzipatorisches Erstreiten mit den Aufsichtsbehörden, wie die ADD, gezielt angegangen werden. Ein Ausspielen von dringenden Finanzierungen in den Kreisen und Städten lehnen wir ab und forcieren die konsequente Verpflichtung, dass die Würde des Menschen unantastbar ist.

All das ist nur möglich, wenn vor Ort systemrelevante Bereiche in kommunaler Hand sind. Ein Ausverkauf für eine kurzfristige finanziellen Ausgleich hilft niemanden. Wir Linke verweisen auch auf darauf, dass eine Erhöhung von beispielsweise Kitabeiträgen eine reale Lohnsenkung bedeutet.

Chancengleichheit in unserer Gesellschaft ist nur dann möglich, wenn finanziell schwächere Familien nicht real schlechter an der Teilhabe gestellt werden.

Darüber hinaus haben Kommunen mit der Vergabe von Grundstücken, aktiver Ansiedlungspolitik sowie Subventionen Einfluss, auf die Arbeitsbedingungen vor Ort. Als Linke stehen wir für tarifgebundene, mitbestimmte Arbeitsplätze und somit für gute Arbeitsbedingungen.

Wir fordern deshalb:

- Keine Geschenke in der Kommunalpolitik für Großkonzerne
- Firmen auch Kommunal in die Pflicht nehmen, damit sie ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden
- Ausweitung der sogenannten „freiwilligen Leistung“ für eine echte Armutsbekämpfung
- Hilfsorganisationen und Beratungsstellen real unterstützen
- Kommunalisierung der Krankenhäuser, ÖPNV, Energieanbieter

- 34 • Vergabe nur an Unternehmen, die tarifgebunden mit der  
35 zuständigen DGB-Gewerkschaft sind
- 36 • keine Vergabe an Unternehmen, die für Union-/Betriebsrats-  
37 Busting bekannt sind
- 38 • keine Vergabe an Unternehmen, die Steuerflucht betreiben

39

40

## 41 **2. Für ökologische Kommunen**

42 Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit ist für uns untrennbar miteinander  
43 verbunden. Kommunen sollen lebenswerte Orte für die Bürger\*innen und auch  
44 in Zukunft für Menschen in Stadt und auf dem Land attraktiv sein. Dazu muss  
45 sowohl die Trinkwasserversorgung sichergestellt, als auch Mensch und Tier vor  
46 der sommerlichen Hitze geschützt werden. Hierzu braucht es unversiegelte  
47 Flächen, blühende Pflanzen und ausreichend Grün in der Stadt, sowie  
48 vielfältigere Äcker, Felder und Wälder auf dem Land.

49 Wir brauchen klimaneutrale Kommunen und das bis spätestens 2035. Dazu ist  
50 neben der Energiewende auch eine Wärme- und Mobilitätswende notwendig.  
51 Die Kommunen müssen den Bürger\*innen Vorbild sein und alle Gebäude mit  
52 Photovoltaik ausstatten und die Dämmung sanieren. Parallel braucht es in allen  
53 Kommunen Klima-Manager\*innen und einen Plan zur Entsiegelung von Flächen,  
54 damit der Flächenverbrauch auf Netto-Null gesenkt werden kann.

55 Wir fordern deshalb:

- 56 • Klimaneutrale Kommunen bis 2035
- 57 • Fassaden- und Dachbegrünungen fördern
- 58 • Innerörtliche Frei-, Grünflächen und Parks für Menschen, Tiere  
59 und Insekten aufwerten
- 60 • Statt weiterer Flächenversiegelung Vorrang für  
61 Nachverdichtung
- 62 • Flächen entsiegeln und Aufenthalts- und Lebensqualität  
63 erhöhen
- 64 • die Ausweitung kommunaler Flächen für Solar- und  
65 Windkraftwerken und Photovoltaikanlagen auf allen  
66 kommunalen Dächern

- 67 • Umstellung der Fuhrparks von Städten und Gemeinden auf E-  
68 Mobilität.
- 69 • Förderung des naturnahen Waldbaus, sowie Förderung und  
70 Erhalt des Waldes als Kohlenstoffspeicher
- 71 • Kommunale Wärmenetze ausbauen und die Wärmewende  
72 vorantreiben
- 73 • Vor dem Klimawandel schützen durch Katastrophenpläne bei  
74 Hochwasser- und Starkregen
- 75 • Neubauten ökologisch und nachhaltig durchführen

76

### 77 **3. Für bezahlbares Wohnen**

78 Den Immobilieninvestoren ist es egal, wer gerade regiert. Gefördert und  
79 beschenkt werden sie von allen Parteien. Vielerorts geht das Wohnungsangebot  
80 völlig an den Bedürfnissen und Möglichkeiten immer größerer Teile der  
81 Bevölkerung vorbei. Während Löhne sinken, steigen die Mieten seit Jahren  
82 extrem.

83 DIE LINKE steht hingegen konsequent auf der Seite der Mieterinnen und Mieter.  
84 Wohnen ist ein Menschenrecht, mit dem keine Profite gemacht werden dürfen.

85 Wir fordern deshalb:

- 86 • den Ausbau des kommunalen Wohnbaus – Stopp aller  
87 Privatisierungen
- 88 • die Abschaffung befristeter Mietverträge und von  
89 Maklergebühren
- 90 • die Einführung von bindender Sozialbauquote
- 91 • die Enteignung und Rekommunalisierung großer  
92 Immobilienkonzerne
- 93 • Recht auf Mietkauf
- 94 • die Abschaffung von Indexmieten bzw. die Abschaffung von  
95 Ausnahmen beim Mietpreisdeckel
- 96 • den Stopp der Umlage der Grundsteuer auf den Mieter

- 97 • Förderung und Finanzierung günstiger Wohnheime – für alle in  
98 Ausbildung

99

#### 100 **4. Für mehr Bewegungsfreiheit – Mobilität in Stadt und Land**

101 Die Frage der Mobilität ist von grundlegender sozialer Bedeutung und prägt das  
102 Leben zahlreicher Menschen, insbesondere jener, die auf dem Land leben oder  
103 zwischen Stadt und Land pendeln. Bedauerlicherweise sind vor allem auf dem  
104 Land erhebliche Mängel festzustellen. Die geringe Taktfrequenz von Bussen  
105 und Bahnen an vielen Orten, teils sogar das völlige Fehlen dieser  
106 Verkehrsmittel, in Kombination mit überhöhten Fahrpreisen, führt dazu, dass  
107 viele Menschen in ihrer Mobilität stark eingeschränkt sind. Sie werden mehr  
108 oder weniger aus dem sozialen Leben ausgeschlossen oder sind auf den  
109 motorisierten Individualverkehr angewiesen. Dies hat nicht nur negative  
110 Auswirkungen auf das Klima und die Luftqualität in unseren Städten, sondern  
111 führt auch zu sozialer Benachteiligung. Deshalb ist es dringend erforderlich,  
112 einen attraktiven und bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr für alle zu schaffen.

113 Wir fordern deshalb:

- 114 • Stärkerer Ausbau von Fuß- und Fahrradwegen
- 115 • Attraktiver und kostenfreier öffentlicher Nahverkehr: Ein  
116 Verkehrsverbund für ganz Rheinland-Pfalz
- 117 • Für sichere, komfortable und barrierefreie Fußwege.
- 118 • Reduzierung von Durchgangsverkehr in Wohngebieten
- 119 • Förderung der Infrastruktur für Elektrofahrzeuge
- 120 • Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken
- 121 • Förderung von dezentralen E-Carsharing-Angeboten
- 122 • Digitale Verknüpfung aller Nahverkehrs- und  
123 Mobilitätsangebote in einer App:
- 124 • Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum zwischen 6 bis 22  
125 Uhr

126

#### 127 **5. Für ein friedliches Rheinland-Pfalz**

128 Die Abwesenheit von Krieg ist die Grundvoraussetzung für ein möglichst  
129 selbstbestimmtes Leben. Die Militarisierung Deutschlands zeigt sich auch in  
130 vielen Kommunen von Rheinland-Pfalz. Kaiserslautern, Ramstein, Büchel,  
131 Spangdahlem sind die großen Militär-Standorte in Rheinland-Pfalz. Dass wir uns  
132 entschlossen auch auf kommunaler Ebene für den Frieden einsetzen ist  
133 selbstverständlich.

134 Wir setzen uns für ein umfassendes Recht auf Asyl ein und für dein dauerhaftes  
135 Bleiberecht mit dezentraler Unterbringung für die Geflüchteten in den  
136 Kommunen.

137 Wir fordern deshalb:

- 138 • ein Bundeswehrwerbeverbot und keine Bundeswehrpräsenz in  
139 den Schulen
- 140 • Verpflichtende Schulbesuche zu den Konzentrationslagern
- 141 • Konversionsprojekte für die Militärstandorte

142

## 143 **6. Für Teilhabe auf allen Ebenen**

144 Gerade kommunal müssen wir unserer Verpflichtung, eine Teilhabe auf allen  
145 Ebenen zu ermöglichen, nachkommen. Deshalb fordern wir die verpflichtende  
146 zeitnahe Umsetzung der in der UN-Behindertenrechtskonvention sowie dem  
147 Bundes- und Landesteilhabegesetz festgelegten Rechte beeinträchtigter  
148 Menschen.

149 Teilhabe bedeutet allerdings auch, dass niemand aufgrund seines Einkommens  
150 oder seines Wohnquartiers benachteiligt wird. Hier ist noch einiges zu tun,  
151 damit auch Menschen mit geringem oder keinem Einkommen aktiv am  
152 gesellschaftlichen Leben teilhaben können und nicht weiter an den Rand der  
153 Stadt oder in unattraktive Gebiete verdrängt werden.

154 Wir fordern deshalb:

- 155 • Barrierefreie öffentliche Räume
- 156 • barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen und  
157 Dienstleistungsangeboten der Verwaltung
- 158 • mehr barrierefreie Wohnungen zu bezahlbaren Mieten
- 159 • One Sign for all – öffentliche Schilder für alle gestalten
- 160 • Förderung von Stadtteilcafés als Treffpunkte ohne Konsumzwang

- 161 • Förderung von Vereinen mit inklusivem Charakter
- 162 • Den öffentlichen Raum für Veranstaltungen der Begegnung und  
163 des Zusammenlebens öffnen
- 164 • Öffentliche Versammlungsstätten gegen geringe bzw. keine  
165 Gebühr

166

## 167 **7. Für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung**

168 Seit Jahren wird das öffentliche Gesundheitswesen im Interesse privater Profite  
169 ausgehöhlt. Die Zwei-Klassen-Medizin ist schon längst Realität. Die Corona-  
170 Pandemie hat bewiesen, wie wichtig ausfinanzierte, krisensichere und für alle  
171 zugängliche Gesundheitssysteme sind. Gleichzeitig steigt die Belastung für die  
172 Beschäftigten im Gesundheitsbereich und bringt diese immer öfter auf die  
173 Straße.

174 Zudem fehlt vielen Menschen der Zugang zur Gesundheitsversorgung, sei es,  
175 weil sie nicht mehr versichert sind, die Wege viel zu weit sind oder schlicht sie  
176 keinen Arzttermin bekommen. Gleichzeitig sollen weitere Krankenhäuser und  
177 Standort in Rheinland-Pfalz geschlossen werden. Das ist mit uns nicht zu  
178 machen – Gesundheit ist keine Ware!

179 Wir fordern deshalb:

- 180 • die aktive Unterstützung des Pflege-Notstands und die  
181 Unterstützung der Forderungen der Beschäftigten
- 182 • Keine weiteren Krankenhausschließungen
- 183 • Anreize für die Ansiedelung von Ärzt\*innen auf dem Land
- 184 • Flächendeckender Einsatz von Gemeindeschwestern
- 185 • die Einführung von anonymen Krankenscheinen
- 186 • elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete
- 187 • ehrenamtliche Helfer\*innen kommunal anerkennen und bezahlen

188

## 189 **8. Für eine vielfältige Kultur**

190 Kultur ist ein Bestandteil des täglichen Lebens. Sie hat eine soziale  
191 Integrationsfunktion und ist ein Ort der Begegnung und des Dialogs. Um  
192 kulturelle Teilhabe für alle zu ermöglichen, müssen die Kulturretats raus aus den

193 „freiwilligen Leistungen“ und als kommunale Pflichtaufgabe gelten. Diese  
194 Forderung stellen wir gegenüber der Landesregierung.

195 Wir fordern deshalb:

- 196 • kommunale Kulturentwicklungspläne
- 197 • eine umfangreiche und gleichberechtigte Förderung der  
198 institutionellen und der freien Kulturszene
- 199 • selbstbestimmte Räume für Jugendliche sowie selbstverwaltete  
200 Jugend- und Kulturzentren
- 201 • freien Eintritt in kommunale Museen und Kulturdenkmäler
- 202 • Herabsetzung der Hürden für Umzüge in den Dörfern
- 203 • Schwimmbäder und Sportanlagen fördern

204

## 205 **9. Für gerechte und gute Bildung - lebenslang**

206 Kindertagesstätten und Schulen müssen allen Kindern und Jugendlichen eine  
207 gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen und würdige motivierende Lern- und  
208 Lebensorte sein. Unzureichende z.T. stinkende Toilettenanlagen, lieblos  
209 gestaltete Schulhöfe, eindringender Regen und Nässeschäden,  
210 Schimmelbildung, fehlende Barrierefreiheit sowie der permanente Raummangel  
211 sind die Belege für die jahrzehntelange Vernachlässigung von Instandhaltung  
212 und Sanierungspflichten in den meisten Kommunen. Die dringend notwendige  
213 Schulsozialarbeit vor allem an den weiterführenden Schulen (Gymnasien) muss  
214 umgesetzt und ausgebaut werden. Alle Kinder und Jugendlichen erhalten die  
215 Förderung, die sie brauchen - egal an welcher Schule. Jede Schule wird inklusiv  
216 - Abschlüssen und Sitzenbleiben müssen abgeschafft werden. Kinderarmut ist  
217 immer auch mit einem Mangel an gesunder Ernährung verbunden. Hunger in der  
218 Schule hindert erfolgreiches Lernen. Kinder ohne Frühstück und Mittagessen  
219 sind benachteiligt. Inklusive Schulen bieten eine kostenlose Schulverpflegung  
220 für alle Kinder und Jugendlichen an und eine qualitativ hochwertige ganztägige  
221 Förderung und Betreuung in Schulen und Horten.

222 Das Recht auf gute und gerechte Bildung gilt lebenslang! Von der Kita bis ins  
223 Senior\*innenalter müssen die Kommunen inklusive und gute Bildungsangebote  
224 vorhalten!

225 Wir fordern deshalb:

- 226 • Nein zu maroden Schulen – Sanierungsstau auflösen
- 227 • Schulsozialarbeit an allen Schulen

- 228 • Kostenlose ganztägige Verpflegung für alle Schüler:innen
- 229 • Verpflichtende (kostenlose) Schulbuchausleihe für alle Schüler
- 230 • Chancengleichheit herstellen - inklusive Schulen
- 231 • Qualitativ gute ganztägige Förderung für alle Bedarfe
- 232 • eine Ausbildungsgarantie für alle und die damit verbundenen  
233 Verpflichtung des Arbeitgebers zur Schaffung von ausreichenden  
234 Ausbildungsplätzen
- 235 • die unabhängige Lehre und Forschung und das Werbeverbot für  
236 militärische und privatwirtschaftliche Organisationen
- 237 • Gute lebenslange Bildung für alle

238

## 239 **10. Für echten Feminismus**

240 Frauen\* leisten immer noch den größten Teil der Sorgearbeit, sind in politischen  
241 Gremien unterrepräsentiert und jede dritte Frau erfährt mindestens einmal in  
242 ihrem Leben körperliche und / oder sexualisierte Gewalt. So darf es unserer  
243 Ansicht nach nicht bleiben. Wir wollen Teile der Haus- und Fürsorgearbeiten  
244 gemeinschaftlich organisieren. Bei allen kommunalen Entscheidungen und der  
245 Verteilung von Ressourcen in den Städten und Gemeinden sollen die  
246 Auswirkungen auf die Geschlechter beachtet und ihre Gleichbehandlung  
247 sichergestellt werden. Wir wollen „Sorgende Städte und Gemeinden“, die eine  
248 gut ausgebaute soziale Infrastruktur für die Bedürfnisse der Bewohnerinnen  
249 und Bewohner bieten.

250 Wir fordern deshalb:

- 251 • Pilotprojekte zur Umwandlung von leerstehenden  
252 Gewerbeimmobilien zu kommunalen Sorgezentren mit sozialer  
253 Beratung, günstigem Essen, Kitas, Pflege- und  
254 Gesundheitsangeboten zu starten
- 255 • Zugang zu Bildung und Kinderbetreuung: Schaffung von  
256 bezahlbaren Bildungseinrichtungen und  
257 Kinderbetreuungsdiensten, um die Vereinbarkeit von Familie und  
258 Beruf zu erleichtern.
- 259 • Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen\*: Erhöhung der Ressourcen  
260 für Opfer häuslicher Gewalt und sexueller Übergriffe, um Frauen\*  
261 zu schützen und zu unterstützen.
- 262 • Umsetzung der Istanbul-Konvention
- 263 • Bedarfsgerechte Finanzierung von Frauen- und Kinderhäusern  
264 sowie Hilfs- und Beratungsstrukturen für Frauen\*



- 265
- 266
- 267
- 268
- 269
- 270
- 271
- 272
- 273
- 274
- 275
- 276
- 277
- 278
- 279
- 280
- 281
- 282
- 283
- 284
- Kommunale Angebote zur Frauengesundheitsförderung ausbauen, Hebammen und Geburtshilfe in den Krankenhäusern erhalten.
  - Kulturelle Veränderungen: Förderung von Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, um Geschlechterstereotypen abzubauen und ein Bewusstsein für feministische Anliegen zu schaffen.
  - eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung (gender budgeting) und die Pflicht zur Prüfung der Auswirkungen kommunaler Entscheidungen auf die Geschlechter (gender mainstreaming)
  - Gleichstellung: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in allen kommunalen Institutionen und politischen Gremien, um sicherzustellen, dass Frauen\* angemessen vertreten sind.
  - Wohnraum: Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum und Schutz vor Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, um Wohnungslosigkeit und Wohnungsunsicherheit bei Frauen\* zu bekämpfen.
  - Sicherheitsaspekte in der Stadtplanung mitdenken (breite Gehwege, gute Beleuchtung) Flächendeckend saubere und barrierefreie öffentliche Toiletten, die auch mit einem Kinderwagen begehbar sind und Wickelmöglichkeiten bieten.

285

## 286 **11. Für einen gelebten Antifaschismus**

287 Dem sich verschlimmernde Rechtsruck in Deutschland und in Europa muss ein  
288 emanzipatorischer Antifaschismus gegengehalten werden. Wir, Die LINKE,  
289 verstehen uns im selbstverständlich nicht nur als aktive Kraft gegen Rechts,  
290 sondern auch als verlängerten Arm der örtlichen antifaschistischen Strukturen  
291 in den Räten und Parlamenten. Neben der wichtigen Netzwerkarbeit, bestärken  
292 wir hier die Tradition, dass Faschismus auf allen Ebenen bekämpft werden  
293 muss.

294 Dabei sehen wir uns zum einen in verstärkt in Bündnissen der aktiven NGOs,  
295 aber stellen allzu oft fest, dass wir alleine im Parteienspektrum standhaft  
296 stehen. In vielen Kreisen und Städten, wird die AfD schon als demokratischer  
297 Partner\*in, mal mehr und mal weniger, von Parteien für Mehrheitsgewinnung  
298 mit einbezogen. Wir lehnen dies entschieden ab. Wehret den Anfängen kann  
299 aus der historischen Verantwortung nur die einzig vernünftige Haltung sein.

300 Gleichzeitig erkennen wir die Problematik, dass in RLP jenseits Städte, viele  
301 Kreise hierbei alleingelassen werden. Dies möchten wir auch kommunalpolitisch  
302 lösen und eine kreisübergreifende Solidarität leben.

303 SIAMO TUTTI ANTIFASCISTI!

304 Wir fordern deshalb:

- 305 • Aktive antifaschistische Grundhaltung mit konsequenter Arbeit  
306 gegen rechtsextreme Positionen
- 307 • Eine aktive Erinnerungskultur für die Opfer des Nationalsozialismus
- 308 • Förderprojekte für Rechtsextremismusprävention vor Ort
- 309 • Recherche-Arbeit der rechten Strukturen und eine lückenlose  
310 Veröffentlichung
- 311 • Kampf gegen institutionellen Rassismus und Rechtsextremismus in  
312 Behörden
- 313 • Schutz aller vulnerablen Gruppen gegen Hetze
- 314 • Völlige demokratische Delegitimierung der AfD